

Presseinformation

8. Dezember 2023
jam

GEW: „Weckruf für Bund und Länder“

Bildungsgewerkschaft zum Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz zur Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung

Berlin/Frankfurt am Main – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat das neue Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung begrüßt und Bund und Länder aufgefordert, rasch die Weichen für die Stärkung und Reform der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu ergreifen. „Unsere Schulen sind mit einem massiven Fachkräftemangel konfrontiert, der die Unterrichtsversorgung gefährdet und die Lehrkräfte zusätzlich belastet. Dazu tragen nicht nur die bereits starke Belastung und miserablen Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer bei, sondern auch die Defizite in der Lehrkräftebildung. Das SWK-Gutachten ist ein Weckruf für Bund und Länder“, sagte Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender und Hochschulexperte der GEW aus Anlass der Präsentation des Gutachtens „Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung für einen hochwertigen Unterricht“ heute in Berlin.

Keller lobte, dass die Kommission einen ganzen Katalog an Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Studierenden und zur Sicherung des Studienerfolgs vorschlägt. Zu diesen Maßnahmen müsse aber auch ein Ausbau der Studienkapazitäten sowie eine Verbesserung der Betreuungsrelationen an den Universitäten gehören. „Es kann nicht sein, dass die Länder einerseits den Lehrkräftemangel beklagen und andererseits Studienberechtigte am Numerus clausus scheitern und Studierende ihr Studium wegen schlechter Studienbedingungen abbrechen. Die Länder müssen daher die Zahl der Studienplätze erhöhen und die Betreuung der Studierenden verbessern – durch mehr Personal und Dauerstellen für Daueraufgaben. Der Bund muss ihnen dabei mit einer Aufstockung des ‚Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken‘ sowie einer Weiterführung der ‚Qualitätsinitiative Lehrerbildung‘ unter die Arme greifen. Mit einer BAföG-Reform hat er für eine leistungsfähige und krisenfeste Studienfinanzierung zu sorgen“, mahnte der GEW-Hochschulexperte.

Offen zeigte sich Keller für den Vorschlag, neuartige Masterstudiengänge als zweiten Weg in den Lehrkräfteberuf einzuführen. „Die GEW hat sich bereits auf ihrem Gewerkschaftstag 2022 für ein duales Masterstudium als zweiten Regelweg für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an berufsbildenden Schulen ausgesprochen. Über den Vorschlag der SWK hinaus sollte dabei der traditionelle Vorbereitungsdienst in das Studium integriert werden. Ich könnte mir entsprechende Modellversuche auch für andere Lehrämter vorstellen, wenn die Qualität und Wissenschaftlichkeit des Studiums gesichert, Theorie- und Praxisanteile systematisch verzahnt und die Gleichwertigkeit der Abschlüsse mit den herkömmlichen Staatsexamina gewährleistet sind,“ erklärte er und fügte

Wenn Sie den GEW-Presseservice nicht mehr erhalten wollen, melden Sie sich bitte hier ab:
<https://www.gew.de/presseservice>

hinzu: „Solange Länder darauf angewiesen sind, Quer- und Seiteneinsteiger als Lehrkräfte einzustellen, müssen diese einen Anspruch auf Nachqualifizierung und dann gleiche Vergütung enthalten – die Sicherung der Unterrichtsversorgung darf nicht auf Kosten der Unterrichtsqualität gehen.“

Die GEW unterstütze auch ausdrücklich die Anregung der SWK, sich an der OECD-Studie TALIS (Teaching and Learning International Survey) zu beteiligen, betonte Keller. „So wäre es endlich möglich, Arbeitsbedingungen, Fortbildungs- und Unterstützungsbedarfe von Lehrkräften auch in Deutschland zu erheben und international zu vergleichen. Es ist unverständlich, warum sich die KMK dem seit Jahren verweigert. Der SWK-Vorschlag einer Fortbildungsverpflichtung geht aber am Problem vorbei. Wir brauchen vielmehr ein Recht jeder Lehrkraft auf eine qualitativ hochwertige und staatlich finanzierte Fortbildung, Berufsanfänger müssen in einer mehrjährigen Berufseinstiegsphase besonders unterstützt und entlastet werden,“ betonte der GEW-Vize abschließend.